

Anna-Katharina Meßmer / Caroline Dangel-Vornbäumen / Oliver Vornbäumen
Von der Abschaffung einer Quote

Diskussionen über Quoten haben zurzeit ohne Frage Konjunktur. Gerade erst konnte die EU-Justizkommissarin Viviane Reding innerhalb der Kommission ihren Gesetzesentwurf für eine EU-weite 40 %-Frauenquote in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen durchsetzen. Auch in Deutschland fordert eine »Berliner Erklärung« vom Dezember 2011 eine 30 %-Frauenquote für Aufsichtsräte. Ein höherer Frauenanteil auf allen Ebenen einer Organisation ist ein Wert an sich. Warum eine Quote allein aber keine Gerechtigkeit herstellt, und dass das Ziel eigentlich ihre Abschaffung sein sollte, zeigt der folgende Beitrag.

Anna-Katharina Meßmer

(* 1983) ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und promoviert in Soziologie über Biopolitik.

kathy.messmer@gmail.com



Quotierungen in den Griff zu bekommen, ist so ausgeprägt wie noch nie.

Der Ansatz ist dabei – leider – alles andere als neu. Bereits in den 70er Jahren gab es innerhalb der Sozialdemokratie Forderungen nach einer Frauenquote. Als erstes umgesetzt wurde sie von den Grünen, die bereits 1979 die Quote für einen Frauenanteil von mindestens 50 % einführten. Die SPD folgte 1988 nach langjähriger Auseinandersetzung mit einer 40 %-Geschlechterquote und auch CDU und CSU haben mittlerweile Quoren und Quoten eingeführt, um den Frauenanteil zumindest in bestimmten Fällen zu erhöhen.

Caroline Dangel-Vornbäumen

(* 1977) ist Diplom-Ökotropologin. Sie hat zu Genderaspekten in der Existenzgründung und beruflichen Selbstständigkeit geforscht und ist heute beim Deutschen LandFrauenverband als Referentin beschäftigt.

caroline.dangel@gmx.de



Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Ein höherer Frauenanteil auf allen Ebenen einer Organisation ist als Wert an sich zu verstehen. Wie wichtig dafür eine Quote ist, zeigt sich insbesondere dann, wenn man diejenigen Parteien betrachtet, die nicht auf dieses Instrument zurückgreifen. Die FDP hantiert schon lange mit freiwilligen Selbstverpflichtungen, die aber dazu geführt haben, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen nicht gestiegen ist, sondern sinkt. Und auch die Piraten, die immer noch darum ringen, ob sie bereits *postgender* sind oder diesen Zustand erst in (ferner) Zukunft erreichen wollen, sind ohne Quote offenbar nicht in der Lage,

Oliver Vornbäumen

(* 1971) ist Politikwissenschaftler und Referent im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

oliver@vornbaeumen.net



Ob es sich um den Anteil von Frauen in Spitzenpositionen der Wirtschaft handelt, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Gremien der SPD, oder die Frage der Repräsentanz weiblicher Mitglieder auf den Listen der Piratenpartei: Der Wunsch, bestehende gesellschaftliche Missstände mit Hilfe von

Frauen (gleichberechtigt) in Vorstände und auf Listen zu bringen. Die Piraten-Fraktion mit den meisten Frauen sitzt im Landtag von NRW, dort sind 3 von 20 Piraten weiblich. Ein – vorsichtig formuliert – immer noch ziemlich schwaches Ergebnis. Bei den Listen für die Bundestagswahl 2013 sieht es momentan kaum besser aus.

Dennoch hat die postgender-Utopie der Piraten durchaus eine gewisse Impulskraft. Sie zwingt uns zum Nachdenken über das Instrument der Quote und die eigene Positionierung.

Die Geschlechterquote als solche ist keine Errungenschaft. Vielmehr ist sie notwendiges Mittel mit dem klaren Zweck, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Die Grünen waren die erste Partei in Deutschland, die dieses Ziel explizit über eine Frauenquote verfolgte. Bei der SPD war das von Anfang an etwas anderes. Hier wurde über die Geschlechterquote mit der Frauen- auch eine Männerquote eingeführt. Das muss zumindest überraschen. Wozu soll man jemanden fördern, der dieser Förderung offenbar nicht bedarf? Wäre es nicht ein außerordentlicher Erfolg sozialdemokratischer Frauenpolitik, wenn es irgendwann einmal einen Landesvorstand oder eine Landesliste geben würde, die zu vielleicht 70 % oder 80 % aus Frauen bestünde? Wäre genau das nicht ein Beleg dafür, dass die Frauenquote funktioniert? Und wäre das nicht schlussendlich der Beleg dafür, dass die Quote überflüssig geworden ist?

Ein Blick in andere gesellschaftliche Bereiche zeigt: Frauen sind vor allem in Spitzenpositionen, auf Professuren, in Chefredaktionen, Vorständen und Aufsichtsräten – wenn überhaupt vertreten – extrem unterrepräsentiert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sich mit freiwilligen Selbstverpflichtungen bisher nicht viel bewegt hat. Und auch die Prognose, dass gesellschaftliche Veränderungen in anderen Bereichen wie von selbst zur Gleichstellung auch im Berufsleben führen, ist nicht

eingetreten. Vielmehr lassen sich immer noch *leaky pipeline*- und *glass ceiling*-Effekte beobachten, die dafür sorgen, dass Frauen nicht in die Führungsetagen vordringen. Eine Quotenregelung könnte hier ohne Zweifel Abhilfe schaffen. Mit Sicherheit würde das auch einige festgefahrene Machtzirkel, aus denen sich nicht nur Aufsichtsräte seit langem speisen, in Bewegung bringen. Ob in der Privatwirtschaft oder in politischen Organisationen – die Frauenquote hilft, bestimmte Mechanismen in Auswahlverfahren auszuhebeln und damit Leistung gerade zu befördern!

Spannend ist in diesem Zusammenhang, wie hartnäckig sich die Vorstellung hält, bei Stellenbesetzungen gelte bisher stets der zwanglose Zwang des besseren Arguments und gerade diese herrschaftsfreie Struktur sei wegen der Quote nun in Gefahr. Dabei kennen und benennen Psychologie und Soziologie seit langem jene Mechanismen, die explizit verhindern, dass Begabung und Leistung ausschlaggebend sind für Jobaussichten und Karrierechancen – und das im Übrigen z. T. ganz unabhängig von der Geschlechterfrage. Denn statt Leistung entscheiden häufig Netzwerke, Sympathie und Ähnlichkeit u.a. hinsichtlich Alter, Herkunft, Geschlecht und Milieu. Die Quote kann dazu beitragen, jene Strukturen zu verändern, die die immer gleichen Menschen in Führungsetagen spülen: mittelalte, weiße Mittelschichtsmänner – überwiegend heterosexuell und ohne Behinderung. Anders formuliert: Wir haben seit Jahrhunderten eine Männerquote, die lediglich andere (offenbar schönere) Namen trägt: Seilschaft, Netzwerk, Burschenschaft, Club oder Studentenverbindung.

Schaufensterpolitik

Kristina Schröder spricht mit Blick auf die Frauenquote von Schaufensterpolitik. Und so sehr man Schröders Politik kritisieren

kann, so treffend ist dieser Ausdruck. Denn bisweilen stellt sich die Frage, ob eine Quote nicht als Feigenblatt genutzt wird, um die Auseinandersetzung mit Sexismus oder patriarchalen Strukturen ad acta legen zu können. Frei nach dem Motto: »Wir haben die Quote, wir sind gleichberechtigt«.

Doch wer organisationalen Wandel will, braucht mehr als die Frauenquote. Wir müssen dahin kommen, dass sich Strukturen und Verhaltensmuster ändern. Deshalb dürfen wir es nicht nur als Erfolg feiern, wenn eine Frau allein durch ihre Anpassungsstrategien in eine Führungsposition gekommen ist. Andererseits können wir von diesen (Quoten-)Frauen auch nicht mehr erwarten als von ihren männlichen Kollegen. Wenn es um das Engagement für eine neue Unternehmenskultur geht, ist immer die gesamte Organisation gefragt.

Allerdings wird in die Debatte um die Frauenquote jenseits der Geschlechtergerechtigkeit eine Vielzahl an Wünschen, Hoffnungen und Ideologien hineinprojiziert. Angefangen bei der Frage, ob sich ein höherer Frauenanteil für Unternehmen wirtschaftlich auszahlt, über die Diskussion, ob Frauen die besseren Chefinnen sind bis hin zu der Erwartung, dass die Anwesenheit von Frauen sämtliche Probleme lösen kann, lösen soll und lösen wird. Ist das dann nicht der Fall, wird die Quoten-Frau schnell zur Problem-Frau und zur Versagerin. Diese Erwartungen können somit schnell dazu führen, dass Frauen – aufgrund übersteigerten Erwartungsdrucks – am Ende wieder diskreditiert und ausgeschlossen werden.

Viele junge Frauen, insbesondere die ohne Kinder, sprechen sich gegen eine Quote aus. Was heißt es z.B., dass bis heute kaum mehr als 20.000 Menschen die Berliner Erklärung unterzeichnet haben? Oder warum sperren sich Bundeskanzlerin und Familienministerin gegen die von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinie? Will eine Mehrheit der Frauen gar keine Frauen-

quote? Warum gelingt es – zumindest in diesem Fall – nicht, Frauen für ihre eigenen Interessen zu mobilisieren? Hier kommt in die Quere, was Nancy Fraser die »gefährliche Liebschaft« von Feminismus und Neoliberalismus nennt. Kollektive feministische Ziele haben sich in ein individualisiertes »Ich schaffe das alles alleine«-Narrativ verwandelt. Menschen wollen keine Opfer sein. »Bloß kein Opfer werden – Bereicherung sein!«, das ist der Tenor all dieser Diskussionen. Nicht zur Quotenfrau werden, sondern die eigene Leistung in den Vordergrund stellen. Doch dieses Credo der Eigenverantwortung führt auch dazu, dass Frauen als homogene Masse adressiert werden, die selbst gegen Widerstände ankämpfen soll. Die Quote hat dabei einen eigenartigen Bedeutungswandel erfahren: Vom Hilfsmittel für Geschlechtergerechtigkeit zur Opferhilfe, die niemand so recht will, aber von der viel erwartet wird.

Die Quotenbilanz der SPD

In der SPD war ursprünglich vorgesehen, die Frauenquote nach 25 Jahren wieder abzuschaffen – verbunden mit dem Ziel, sie dann nicht mehr zu brauchen. Auf dem Parteitag 2003 wurde diese Festlegung dann allerdings abgeschafft. Die SPD hat jetzt die ewige Quote, ein Umstand, den man weniger als Erfolg, sondern als – vorläufiges – Scheitern begreifen sollte. Die Festschreibung der Quote ist in zweifacher Hinsicht ein Problem. Zum einen ist sie damit vom Instrument der Frauenförderung zum Instrument der paritätischen Gestaltung von Gremien und Parlamenten geworden. Die SPD geht praktisch davon aus, dass ein Gremium dann gut besetzt ist, wenn Frauen und Männer zu möglichst gleichen Teilen darin vertreten sind. Das ist eine Haltung, die die zugrundeliegende Idee der Perspektivenvielfalt auf binäre Art konterkariert.

Zum anderen hat die SPD die Diskussion über Erfolg und Misserfolg der Quote damit praktisch ad acta gelegt. Das ist gefährlich. Die SPD hat eine Krücke zur Dauereinrichtung gemacht. Bei allen zugestandenem Erfolgen dieses Instruments scheint damit die Frauenförderung in der SPD beendet zu sein.

Denn in der Praxis ist es häufig immer noch so, dass Stellen zunächst mit Männern besetzt werden – das Wort »ausgekungelt« drängt sich hier geradezu auf. Danach machen sich jene Männer dann auf die Suche nach Frauen, die die weiteren Posten und Listenplätze einnehmen könnten. Das hat auch praktische Gründe. Denn seit der Einführung der Quote im Jahr 1988 ist der Frauenanteil in der SPD kaum gestiegen. Lag er damals bei rund 26 % sind es jetzt gut 30 %. Zum Vergleich: In den 20 Jahren zuvor ist der Frauenanteil immerhin von 17 auf 26 % gestiegen. Eine Quotenwirkung ist also kaum zu erkennen, zumal die absolute Anzahl weiblicher Mitglieder immer weiter zurückgegangen ist.

Wir brauchen politische Solidarität

Es wäre wirklich erfreulich, wenn sich die SPD der Quotendiskussion und vor allem der Debatte über die politischen Teilhabemöglichkeiten von jungen Frauen nochmal ehrlich stellen würde. Sie müsste sich fragen, ob das Instrument effizient genug war und ist, ob es nicht darum gehen muss, die Krücke Quote irgendwann abzulegen und eine Partei zu sein, in der Frauen echte Chancen haben und in der sie vor allem Spaß daran haben, mitzumachen. Nicht ohne Grund sprechen sich viele fähige junge Frauen gegen die sogenannte »Ochsentour« aus, die sie durchlaufen müssten, bevor sie politisch wirklich etwas bewirken können. Es steht außer Frage, dass es mehr weibliche Identifikationsfiguren in

der SPD braucht. Zugleich braucht es andere männliche Identifikationsfiguren. Ein Umdenken ist bei allen Genossinnen und Genossen notwendig. Von einem modernen Feminismus getragene Frauennetzwerke wie *fem.net* und Veranstaltungen wie das *Barcamp Frauen*, in denen sich junge Neuankömmlinge wohl fühlen, sind gefragt und müssen weiter gefördert werden. Und zugleich braucht es Respekt und Anerkennung auch von Seiten der »Old-Boys«. Erst wenn eine Diskussion auf gleicher Augenhöhe möglich ist, wenn Wahlkampfteams selbstverständlich divers besetzt werden, wenn junge SPD-Mütter nicht um ihre Jobs bangen müssen und ihnen politisch und inhaltlich ebenso viel zugetraut wird wie jungen Vätern, wenn die AsF nicht als eine Art Bad-Bank für Frauenangelegenheiten gedacht wird und junge Menschen selbstverständlich und gleichberechtigt an inhaltlichen Parteidebatten teilhaben können, ist der Schritt in die richtige Richtung getan.

Allerorts ist die Rede davon, dass wir mehr Frauensolidarität brauchen. Doch das ist genau nicht (!) das Problem: Wir brauchen *politische* Solidarität, die sich aus gemeinsamen politischen Zielen speist. Wir müssen anerkennen, dass Frauen nicht immer mit einer Stimme sprechen und dass es hier genauso Quoten-Befürworterinnen wie -Gegnerinnen gibt. Wir brauchen mithin ein Umdenken, weg von der Quote als Allheilmittel hin zu der Frage, wie Organisationskultur verändert werden muss, um für junge Frauen (und Männer!) interessant zu werden.

Wir brauchen die Frauenquote somit als Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Sie verändert genau den Missstand, den sie verändern soll. Nicht mehr – aber auch nicht weniger. Darüber hinaus hilft eine Quote nicht weiter. Die SPD sollte alles dafür tun, dass sie als vielleicht erste Partei irgendwann keine Quote mehr nötig hat. Das wäre dann wirklich ein gewaltiger Erfolg. ■